

Bericht in der

Norddeutschen Rundschau

vom 13. November 2021

Um 23.59 Uhr wird
abgeschaltet

Kernkraftwerk Brokdorf geht am 31. Dezember vom Netz

Der Zeitpunkt des Abschaltens liegt nur noch sieben Wochen entfernt: Am 31. Dezember um 23.59 Uhr wird in der Warte der Knopf gedrückt, der am Kernkraftwerkstandort Brokdorf den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bedeutet. Dann liegt hinter dem Kraftwerksbetrieb ein Jahr der höchsten Arbeitsverfügbarkeit mit 99,67 Prozent und vor den Mitarbeitern noch eine längere Stilllegungsphase. Werkleiter Uwe Jordan zog Bilanz und gab einen Ausblick auf die Zeit nach dem Abschalten vor Gästen aus Politik und Wirtschaft im Rahmen der Kraftwerksveranstaltung „Redezeit“.

Eine „Redezeit“, die Uwe Jordan auch dazu nutzte, seinen Nachfolger Tammo Kammrath vorzustellen. Jordan geht am 31. März 2022 in den Ruhestand, am 1. April übernimmt Kammrath die Werksleitung. Seit 2006 ist er im Brokdorfer Werk tätig, seit einigen Jahren als Fachbereichsleiter Produktion. „Ich bin sehr stolz auf das, was wir hier geleistet haben“, betonte der 57-Jährige mit Blick auf den sicheren Betrieb der Anlage und engagierte Mitarbeiter. Nun stehe die Belegschaft vor einer neuen Herausforderung, auf die sie gut vorbereitet sei.

Die Historie des Kernkraftwerks ließ Uwe Jordan noch einmal Revue passieren, um danach auf die bevorstehenden Arbeitsabläufe für das Personal einzugehen. Das werde nicht in voller Stärke bleiben – 20 Prozent weniger Mitarbeiter der zu Betreiber Preußen Elektra gehörenden Anlage am Standort Brokdorf werden es sein. Insgesamt sind es noch 320 Mitarbeiter, deren Altersdurchschnitt bei 47 Jahren liege.

Die Freistellung erfolge über Vorruhestandsregelungen. Gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat habe man hinsichtlich des Interessensausgleichs ein Paket bis 2029 geschnürt, das je-



Werksleiter Uwe Jordan (r.) geht im März in den Ruhestand, Tammo Kammrath tritt seine Nachfolge an. Foto: Ilke Rosenberg

dem Mitarbeiter den Arbeitsplatz bis zu diesem Zeitpunkt sichere. Qualifizierte Mitarbeiter, deren bisherige Aufgaben wegfallen, werden in anderen Arbeitsfeldern beim Rückbau der Anlage eingesetzt.

Der wird erst Anfang 2023 beginnen, wenn die Abbaugenehmigung das Kraftwerk erreichen werde. Eingereicht wurden die Anträge von Betreiberseite Ende 2017, die Behörde benötige noch ein Jahr. Das tatsächliche Ende der Anlage werde im Jahr 2036 sein, dann werde sie aus dem Atomgesetz entlassen.

In der Diskussion wurden unterschiedliche Standpunkte zur künftigen Versorgungssicherheit bei steigendem Strombedarf deutlich. CDU-Landtagsabgeordneter Hans-Jörn Arp befürchtet gar eine Entindustrialisierung der Bundesrepublik im Chemiebereich, der hohen Strombedarf habe. Bislang seien, wie auch Uwe Jordan hervorhob, Stromschwankungen durch Kernkraftwerke aufgefangen worden. Verlässlichkeit sei für die Industriebetriebe wichtig. Strom müsse teuer aus dem Ausland zugekauft werden – und das werde zum Standortnachteil.

Auch Kreispräsident Peter Labendowicz machte keinen Hehl daraus, dass er das Abschalten des Kraftwerks zu diesem Zeitpunkt für falsch halte. Als Jordan entsprechend auf nötige zusätzliche Windkraft- und Solaranlagen und deren Flächenbedarf hinwies, kritisierte CDU-Bundestagsabgeordneter Mark Helfrich, dass da ein Schreckgespenst gezeichnet werde, das mit der Realität nichts zu tun habe.

Betreiber von Solar- und Windanlagen seien sehr gute und ernst zu nehmende Player. Und zurzeit werde Strom von Deutschland aus exportiert.

Selbst wenn der Export wegfallen würde, würde das nicht automatisch eine Versorgungslücke in der Bundesrepublik geben. Das Netzthema sei eines der schwierigsten Themenfelder. Er erwarte verlässliche Energieversorgung auch nach dem Ausstieg aus der Kern- und der Kohleenergie, so Helfrich.

NORDDEUTSCHE RUNDSCHAU